I.	V	rwort	. 9
II.	Ei	ıleitung	11
	1.	Wesentliche Ziele der Überprüfung von Entscheidungen	11
	2.	Mögliche Stoßrichtungen von Rechtsmitteln	13
		a) Formale Verfahrenserledigung	13
		b) Inhaltliche Erledigung	14
		c) Korrektur der Verfahrensführung	14
		d) Aufhebung der Rechtskraft	15
		e) Bekämpfung von Tatsachen und Rechtsfragen	15
	3.	Rechtsmittel und Rechtsbehelfe	16
	4.	Beschwer und Rechtsmittellegitimation	18
		a) Beschwer als ungeschriebene Rechtsmittelvoraussetzung	18
		b) Rechtsmittellegitimation für Beschuldigte und StA	19
		c) Rechtsmittellegitimation für Opfer als umstrittene Möglichkeit	20
		d) Rechtsmittellegitimation für den Rechtsschutzbeauftragten	23
	5.	Rechtsanspruch auf Erledigung versus amtswegige Überprüfung	25
	6.	Effizienz versus Vertrauen in die sachgerechte Erledigung durch die Justiz	26
		a) Anrufungsmöglichkeit eines besser qualifizierten Gerichts	26
		b) Umfassende Anfechtungsmöglichkeit zur Vertrauensbildung	27
		c) Zweistufigkeit als Ausdruck der Effizienz	28
		d) Keine letztinstanzliche Kontrollmöglichkeit zur Herstellung von Rechtseinheitlichkeit	28
		e) Rechtsbehelfe als Ausweg	29
		f) Veröffentlichung von Rechtsmittelentscheidungen zur Vertrauensstärkung und Schaffung von Rechtseinheitlichkeit	30
	7.	Geschäftsanfall in Rechtsmittelangelegenheiten	30
		a) Kollegialgerichtliche Urteile im Jahre 2010	30
		b) Kollegialgerichtliche Urteile in den vergangenen Jahren	31

III.		echtsmittelerfordernis und -effizienz aus verfassungsrechtlicher	
		cht	
	l.	Art 92 Abs 1 B-VG	
		a) Garantie eines Höchstgerichts mit Leitfunktion	
		b) Effizienz des Höchstgerichts	
		c) Keine Garantie der Dreiinstanzlichkeit	
	2.		. 35
		a) Rechtsmittelmöglichkeit gegen Verurteilungen an ein höheres Gericht	. 35
		b) Rechtsmittelmöglichkeit mit Devolutiveffekt	. 35
		c) Möglichkeit beschränkter nachprüfender Kontrolle	. 36
	3.	Zusammenfassung	. 37
IV.	Re	echtsmittel gegen Urteile in Zivilrechtssachen	. 37
	1.	Berufung an das LG bzw OLG	. 37
	2.	Revisionszulässigkeit	. 38
	3.	Ordentliche Revision an den OGH	. 39
	4.	Außerordentliche Revision an den OGH	. 40
	5.	Zusammenfassung	. 41
V.	Re	echtsvergleich	. 41
	1.	Rechtsmittel gegen Urteile nach deutschem Strafrecht	. 41
		a) Berufung gegen Entscheidungen des Amtsgerichts	. 42
		b) Revision gegen erstinstanzliche Urteile des Landgerichts an den BGH	
		c) Revision gegen Berufungsurteile des Landgerichts an das OLG.	
		d) Sprungrevision	
		e) Rechtsmittellegitimation	
		f) Zusammenfassung	
	2.	,	
		a) Berufung gegen erstinstanzliche Urteile	
		b) Beschwerde in Strafsachen gegen Berufungsurteile	
		c) Zusammenfassung	

VI.	Re	echt	smittel im strafprozessualen Ermittlungsverfahren	52
	1.	Ei	nspruch gegen Rechtsverletzungen durch Polizei oder StA	53
		a)	Beabsichtigte richterliche Kontrolle von Handlungen durch Polize und StA	
		b)	Ausnahme der Kontrolle von polizeiautonomen Handlungen	
		c)	Rechtsschutzlücke für schlichtes Polizeihandeln im Dienste der StPO	55
		d)	Künftige Rechtsmittelbefugnisse gegen kriminalpolizeiliche Handlungen	56
		e)	Notwendige Veränderungen im Einspruchsverfahren zur Effizienzsteigerung	57
	2.	Ве	schwerde gegen gerichtliche Ermittlungshandlungen	58
	3.	Ar	ntrag auf Verfahrenseinstellung an das Gericht	59
	4.	Ar	ntrag auf Verfahrensfortführung an das Gericht	61
	5.	Fr	istsetzungsantrag zur Verfahrensbeschleunigung	64
	6.	Zu	sammenfassung	65
VII.			berprüfung der Schuldfrage durch eine zweite cheninstanz	66
	1.	Zv	veispuriges Rechtsmittelsystem bei der Schuldfrage	67
	2. Zentrale Argumente gegen eine zweite Ta		ntrale Argumente gegen eine zweite Tatsacheninstanz bei ollegialgerichten im Lauf der Geschichte	68
		a)	Senatsentscheidungen als Qualitätskriterium	68
		b)	Gefahr schlechterer Urteilsgrundlagen	71
		c)	Notwendige Laienbeteiligung in zweiter Instanz als Hindernis	72
		d)	Die Anfechtung bei "erheblichen Bedenken" als Kompromiss	73
			aa) Tatrüge	73
			bb) Aufklärungsrüge	75
	3.	Zv	veite Tatsacheninstanz im einzelrichterlichen Verfahren	77
		a)	Schuldberufung als zentraler Unterschied zum Schöffenverfahren	77
		b)	Besonderheiten bei der Nichtigkeitsberufung	78
		c)	Geringere formale Anforderungen an das Rechtsmittel	78
	4.	"Е	inheitsrechtsmittel" gegen alle Urteile als mögliche Lösung	79

		a) "Stufenförmiges Rechtsmittel" nach dem Anfechtungsgegenstand	79
		b) Rechtsmittel gegen alle Gesichtspunkte eines Urteils an OLG	das
		c) Beweiswiederholung in zweiter Instanz	
		d) OLG als Rechtsmittelinstanz gegen Urteile des BG	
		e) Notwendige Verteidigung in der zweiten Instanz	
		f) Laienbeteiligung in der zweiten Instanz	
	5.	Zusammenfassung	
VII	[. I	Der OGH als einheitliche höchste Rechtsinstanz in Strafs	achen 88
	1.	Dreistufiger Instanzenzug als Konsequenz einer zweiten	
		Tatsacheninstanz	88
	2.	Dreiinstanzlichkeit im Grundrechtsbeschwerdeverfahren al. Vorbild	
	3.	Erforderliche Filter aus Gründen der Prozessökonomie	
	4.	"Überspringen" der zweiten (Tatsachen-)Instanz	92
	5.	Zusammenfassung	93
IX.	Di	e Überprüfung von Urteil und Verfahrensführung	93
	1.	Das System der Nichtigkeitsbeschwerde	93
		a) Enumeratives Prinzip zwischen Rechtssicherheit und Einzelfallgerechtigkeit	94
		b) Novellierungen bei den Nichtigkeitsgründen	95
		c) Die Notwendigkeit von Formerfordernissen	
		d) Die Mitwirkungspflicht der Verfahrensbeteiligten und d Berücksichtigung von Verteidigerfehlern	
	2.	Reformvorschläge zu einzelnen Nichtigkeitsgründen	
		a) Nichtigkeitsgründe im Zusammenhang mit der Verfahrensführung	100
		aa) Unrichtige Besetzung des Gerichts und fehlende Verteidigung (§ 281 Abs 1 Z 1 und 1a)	100
		bb) Einbeziehung fehlerhafter Ermittlungsakte in die Hauptverhandlung (§ 281 Abs 1 Z 2)	102
		cc) Fehler in der Hauptverhandlung (§ 281 Abs 1 Z 3	und 4). 103
		b) Formelle Urteilsbegründung und -erledigung	106

		aa)	Formale Fehler in der Urteilsbegründung (§ 281 Abs 1 Z 5)	106
		bb)	Fehlende Prozessvoraussetzungen / vorhandene Verfahrenshindernisse	107
		cc)	Falsches Unzuständigkeitsurteil, Anklageüberschreitung und Anklageunterschreitung (§ 281 Abs 1 Z 6 bis 8)	
		c) Mat	eriellrechtliche Fehler	109
	3.	Ausges	taltung des Rechtsmittelverfahrens	112
		a) Erw	reiterung der Anmeldungs- und Ausführungsfristen	112
		b) Zuri	ückweisung des Rechtsmittels aus formalen Gründen	113
		aa)	Zurückweisung aus formalen Gründen durch das LG	113
		bb)	Zurückweisung aus formalen Gründen durch den OGH.	114
		c) Am	tswegiges Aufgreifen von Nichtigkeitsgründen	117
	4.	Zusamr	menfassung	118
X.	Di	e Überp	rüfung des Sanktionsausspruchs	119
	1.	Nichtig	keitsbeschwerde	120
	2.	Strafber	rufung	122
	3.	Verschl	lechterungsverbot (reformatio in peius)	124
	4.	Zusamr	menfassung	124
XI.	Αι	ıßerorde	entliche Rechtsmittel und Rechtsbehelfe als Ausweg?	125
	1.	Erweite	erung der Grundrechtsbeschwerde	125
		a) Gru	ndrechtsbeschwerdestandards in der Praxis des OGH	125
		b) Geg	envorschläge zu dieser Praxis	127
		c) Eige	ener Standpunkt	128
	2.		rung des Strafverfahrens zur Grundrechtskontrolle a ff)	129
			etzliche Regelung	
			reiterung durch den OGH	
			terer Reformbedarf	
	3.	Einführ	rung einer Verfassungsbeschwerde in Strafsachen?	133
			denzielle Ablehnung durch die Praxis	
			ürwortung von Teilen der Lehre	
			ene Position	

	4.	Nichtigkeitsbeschwerde zur Wahrung des Gesetzes (§§ 23, 292).	136
	5.	Außerordentliche Wiederaufnahme (§ 362)	137
		a) Voraussetzungen dieses Rechtsbehelfs	137
		b) Notwendige Veränderungen bei Einführung einer zweiten Tatsacheninstanz	138
	6.	Ordentliche Wiederaufnahme des Verfahrens (§§ 352 ff)	139
	7.	Zusammenfassung	140
XII.	Sc	hlussfolgerungen und kriminalpolitische Vorschläge	141
XII.		hlussfolgerungen und kriminalpolitische Vorschläge Allgemeine Überlegungen	
XII.	1.		141
XII.	1. 2.	Allgemeine Überlegungen	141 141
XII.	1. 2. 3.	Allgemeine Überlegungen	141 141 142